

Gemeinsam handeln

Erklärung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V zum 70. Jahrestag der Pogromnacht:

Vor siebzig Jahren, am 9. November 1938, brannten in Deutschland und Österreich Synagogen und jüdische Bethäuser. Friedhöfe wurden geschändet und noch vorhandene jüdische Einrichtungen zerstört. 7500 jüdische Geschäfte wurden überfallen, geplündert und demoliert, annähernd einhundert jüdische Menschen wurden in dieser Nacht ermordet. Anschließend wurden über 20000 Männer in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

In alljährlichen Gedenkveranstaltungen, in Schulen und Gottesdiensten wird in Deutschland an diese Pogromnacht erinnert. Dabei geht es auch um politische Zeichen: Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. (...)

Neofaschistische, rassistische und antisemitische Auffassungen haben Konjunktur, NPD-Kader verbreiten ihre menschenverachtenden Parolen von den Tribünen zweier Landtage, und das von vielen Bürgern angemahnte Verbot der NPD wird von der Politik weiter auf die lange Bank geschoben. Statt jedoch gemeinsam gegen Neofaschismus und Antisemitismus zu handeln, versuchen rechte Politiker wie der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl eine fraktionsübergreifende Erklärung zu diesem Datum zu torpedieren und gegen die Bundestagsfraktion der Linken zu instrumentalisieren. Im Sinne des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dr. Graumann, verurteilen auch wir dieses unwürdige politische Manöver. Wir rufen statt dessen alle Demokraten zum gemeinsamen Handeln auf: Der Novemberpogrome zu gedenken verpflichtet, den Kampf gegen die extreme Rechte in diesem Land zu verstärken. Kein Grund zum Feiern, sondern Anlaß zu noch größerem antifaschistischen Engagement!

vvn-bda.de

<https://www.jungewelt.de/artikel/115387.gemeinsam-handeln.html>